



- es gilt das gesprochene Wort -

Wenn andere die Rechnung bezahlen

von Felix Wehrli, Grossrat SVP und ehemaliger Polizist

Ich möchte heute nicht in erster Linie über Gesetze und Paragraphen sprechen. Ich möchte Ihnen von einer Erfahrung erzählen, die mich während meiner 40 Jahre bei der Polizei beschäftigt hat und die mir bis heute geblieben ist. Damals erwischte ich eine Person, die eine Sachbeschädigung begangen hatte. Ich nahm sie mit auf den Polizeiposten, befragte sie und rapportierte den Fall. Später erfuhr ich, dass sie eine Busse erhielt – und zusätzlich Kosten, die etwa doppelt so hoch waren.

Einige Wochen später war ich im Ordnungsdienst an einer Demonstration in der Isteinerstrasse. Während der Ausschreitungen wurde ein Auto umgeworfen. Wir waren vor Ort und sahen, was geschah. Natürlich wollte ich sofort eingreifen. Doch aufgrund der damaligen Situation und der Verhältnismässigkeit durften wir es nicht.

Für einen Polizisten ist das eine äusserst unbefriedigende Situation. Man ist da, um Recht und Ordnung durchzusetzen und Menschen und ihr Eigentum zu schützen – und muss gleichzeitig zusehen, wie fremdes Eigentum zerstört wird.

Für mich bekam diese Geschichte aber noch eine andere Dimension: Das Auto gehörte meinem Nachbarn. Er war kein reicher Mann, hatte Kinder und konnte sich dieses Auto gerade so leisten. Nun war es kaputt, Totalschaden. Wer ersetzte ihm den Schaden? Niemand.

Er konnte sich kein neues Auto leisten. Die geplanten Ferien mit seinen Kindern in Italien fielen ins Wasser. Für diejenigen, die das Auto umgeworfen hatten, war es vielleicht ein kurzer Moment. Für meinen Nachbarn und seine Familie hatte dies konkrete Folgen.

Genau das geht mir in der heutigen Diskussion zu oft vergessen. Wir sprechen viel über die Rechte der Demonstrierenden. Und ja, diese Rechte sind wichtig. Aber wir müssen auch über die Rechte all jener Menschen sprechen, die mit einer Demonstration nichts zu tun haben: über die Familie, deren Auto zerstört wurde, die Geschäftsinhaberin, deren Schaufenster eingeschlagen wird, oder die Menschen, die mit dem ÖV einfach nach Hause wollen oder zum Arzt müssen.

Und natürlich über die Polizistinnen und Polizisten, die bei solchen Einsätzen ihren Kopf hinhalten – oder zusehen müssen, was emotional noch viel schlimmer sein kann. Ich habe als Polizist unzählige Demonstrationen erlebt, die friedlich verliefen. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Wenn Organisatoren Verantwortung übernehmen, mit den Behörden zusammenarbeiten und auch innerhalb ihrer eigenen Reihen dafür sorgen, dass Regeln eingehalten werden, funktioniert das.

Genau deshalb ist die Behauptung falsch, unsere Initiative richte sich gegen das Demonstrieren.

Sie richtet sich gegen diejenigen, die glauben, im Schutz einer Demonstration würden für sie andere Regeln gelten. Und genau diese Ungerechtigkeit beschäftigt mich bis heute: Der

Einzelne, den ich damals erwischt hatte, wurde bestraft. Hätte er seine Tat im Rahmen einer Demonstration begangen, wäre wohl nichts passiert.

Welches Signal geben wir damit unseren Einsatzkräften? Sie arbeiten nachts und am Wochenende, stellen sich zwischen gewaltbereite Gruppen, lassen sich beschimpfen, anspucken, mit Gegenständen bewerfen, mit Feuerwerkskörpern beschiessen und verletzen. Und gleichzeitig sagen wir ihnen: Wenn ein identifizierter Störer ausserordentliche Kosten verursacht, ist es zu kompliziert, ihn dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Das kann doch nicht unser Verständnis von Gerechtigkeit und Rechtsstaat sein.

Nun gab es eine grosse Medienkampagne von Regierung und Polizei: man hat einen Sprayer - einer von vielen - erwischt – der vielleicht, das Rathaus verschmiert hat und ihm sofort die Kosten für die Reinigung auferlegt. Sie glauben doch nicht wirklich, dass er die ganzen Kosten der Verunreinigung bezahlen muss, es waren ja viele die gesprayed haben - und was ist mit den Kosten für den Polizeieinsatz? Denn genau darum geht es bei der Initiative ja auch. Dann wurden die Hausbesetzer und die von ihnen verursachten Kosten von 90'000 Franken gross thematisiert. Nur: Das hat nun mal mit einer Demonstration nichts zu tun - und man muss sich auch fragen, ob wegen zwei Personen tatsächlich ein so grosser Aufwand nötig war. Aber ja, man versucht die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor der Abstimmung mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen.

Wie real solche Situationen sind, zeigte sich während der unbewilligten Demonstration anlässlich des ESC 2025. Rund 400 Personen wurden kontrolliert, drei Polizisten verletzt und zwei Personen mit Israel-Fahnen tätlich angegriffen. Friedlicher Protest gehört zu unserer Demokratie. Gewalt und Sachbeschädigung nicht. Wer bewusst Grenzen überschreitet, soll auch die Konsequenzen tragen.

Deshalb sage ich nicht nur als Grossrat, sondern auch aus meiner 40-jährigen Erfahrung bei der Polizei sowie als Vater und Grossvater: Ja zur Anti-Chaoten-Initiative.